

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,  
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Insertate: Die 4spaltige Beilage 15 Pfennige  
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann,  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 21. März 1879.

Nr. 136.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige. Die Redaktion.

## Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 20. März.

Präsident von Forckenberg eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Kriegsminister von Kamke, General von Voigts-Rheß und mehrere Officiere vom Generalstab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Herr Sonnemann das Wort zu der Erklärung, daß der Abg. Stumm ohne jegliche Ursache die „Frankfurter Zeitung“ des Abdrucks eines Schmutzartikels beschuldigt habe. Die „Frankfurter Zeitung“ hat nicht einmal des bezüglichen Artikels aus der „N. Fr. Pr.“ Erwähnung gethan.

### Tagesordnung:

I. Fortsetzung der Etatsberatung.

Die Budget-Kommission beantragt die unveränderte Annahme des Tit. 1—9 des Kap. 5 des Ordinariums.

Der Antrag wird angenommen.

Bei Titel 10 „Neubau eines Intendantur-Gebäudes für das Gardelcorps in Berlin“ 100,000 Mark, erste Rate, nimmt das Haus die Streichung desselben auf Antrag der Budget-Kommission an, bezugleich unverändert Titel 11 und 12.

Gegen die Streichung der Kosten eines Dienstgebäudes für den Kommandeur der 4. Division in Bromberg (159,000 Mark) spricht v. Puttkamer (Königsberg), wogegen Abg. Windthorst entschieden für Streichung eintritt mit Hinweis darauf, daß eine Privatwohnung dieselben Dienste leiste, zumal unser Budget in höchstem Maße schon bedrückt ist.

Nachdem noch General v. Voigts-Rheß für die Beibehaltung der Position eingetreten ist, die Abg. v. Benda und Richter (Hagen) dagegen gesprochen, wird der Kommissionsantrag auf Streichung angenommen.

Dergleichen wird der Antrag auf Streichung von 92,000 Mark für ein Dienstgebäude in Darmstadt und von 100,000 Mark für eine Kaserne in Frankfurt am Main debattelos angenommen.

Titel 28 verlangt 600,000 Mark (erste Rate) für ein Kasernenamt in Potsdam. Die Budget-Kommission beantragt Streichung.

Es knüpft sich hieran eine Debatte, in welcher Kriegsminister v. Kamke, Abg. Lucius, Abg. Zinn und General v. Voigts-Rheß für Beibehaltung, die Abg. Richter (Hagen) und Freiherr v. Frankenstein dagegen sprechen.

Abg. Windthorst bemerkt nachträglich zur Geschäftsordnung, daß es für das Prinzip wichtig

wäre, daß der Referent entweder das Stimmenverhältniß in der Kommission nie oder immer angeben solle.

Darauf wird der Kommissionsantrag abgelehnt und die Position bewilligt. Dagegen stimmen der Fortschritt und das Centrum.

Ferner beantragt die Budget-Kommission 90,000 Mark zum Ankauf eines Grundstücks zur Errichtung eines Garnisonlazareths in Heidelberg zu streichen.

Abg. Dr. Blum (Mannheim) bittet im Interesse der Billigkeit und Gleichheit der Universitätsstädte, welche sehr dabei interessiert wären, eine Garantie zu haben, damit die Studierenden während der Studienzeit ihre Militärdienstzeit zu absolviren vermöchten, diesen Antrag abzulehnen.

Abg. Kießer ist der Ansicht, daß ein Garnisonlazareth in Heidelberg überflüssig sei. Diese Stadt sei reich an Kliniken und Hospitälern und bei einigen guten Willen würden sich Reich und Staat leicht über die Unterbringung der kranken Soldaten verständigen. Dies halte er gerade als Badenier sich verpflichtet hervorzubringen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf genehmigt.

Für den Neubau eines Garnisonlazareths in Spandau, erste Rate, wurden statt 200,000 Mark nur 125,000 Mark bewilligt.

Die zum Bau eines Fortifikations-Dienstgebäudes zu Vorgau geforderten 38,500 Mark werden gestrichen.

Das Extraordinarium des Militär-Etats für Sachsen wird mit Ausnahme einer Stelle von 205,000 Mark für den Neubau des 1. Bataillons in Dresden in Höhe von 91,190 Mark bewilligt.

Dergleichen wird das Extraordinarium für Württemberg in Höhe von 631,318 Mark genehmigt.

Bei dem außerordentlichen Etat des Extraordinariums bringt Abg. Graf v. Frankenberg-Ludwigsdorf den Umstand zur Sprache, daß seit einigen Jahren für Staatsbauten amerikanische Bauhölzer, besonders das yellow-pine und pitch-pine in zu hohem Maße Verwendung finden. Die amerikanischen Hölzer sind nicht allein nicht besser, sondern häufig schlechter als unsere ganz vorzüglichen heimischen Hölzer, besonders die Kiefer. Es kommt hinzu, daß sich das amerikanische Holz bedeutend theurer stellt. Das Beispiel der Hintenansetzung unserer heimischen Produkte, das von oben gegeben wird, führt dazu, daß ein immer größeres Mißtrauen in die Qualität des deutschen Holzes greife. Schon jetzt ist in dem Holzverkauf aus den Staatsforsten ein bedeutender Rückgang zu constatiren und ich möchte die Regierung bitten, dafür zu sorgen, daß das heimische Holz in Zukunft mehr benutzt werde bei Staatsbauten und nicht ohne Grund zurückgesetzt werde, zum Nachtheil Deutschlands und zum Vortheil des Auslandes. (Beifall.)

Bevollmächtigter zum Bundesrath Kriegs-Minister v. Kamke: Es ist selbstverständlich, daß die Verwaltung bestrebt ist, bei ihren Bedürfnissen die einheimische Produktion und die einheimischen Hölzer den ausländischen möglichst vorzuziehen. In dessen ist von maßgebenden Richtstellen wiederholt hervorgehoben worden, daß unser heimisches Holz nicht so allen Anforderungen zu genügen vermag, wie das amerikanische. Dieses letztere ist im Allgemeinen affreier und gerader gewachsen. Im Uebrigen hat die Militärverwaltung in 5 Jahren im Ganzen nur für 450,000 M. amerikanisches Holz verbraucht.

Abg. Richter (Hagen) hält es nicht für opportun, das Urtheil der Holzbesitzer über auswärtiges Holz als maßgebend hinzustellen, es sei sehr natürlich, daß jeder Händler seine Waare lobt. Uebrigens seien die Ausführungen des Abg. Grafen Frankenberg schon in der Kommission widerlegt worden. Eine gute Waare hebe sich selbst, und die Ausführungen der Interessenten über Werth und Unwerth ihrer Produkte bleiben immer werthlos, wenn sie auch im Reichstage vorgebracht werden.

Abg. Frhr. v. Mirbach bemerkt, daß unsere heimische Kiefer als ein vorzügliches Bauholz anerkannt und auf der Wiener Weltausstellung prämiirt worden sei.

Abg. Graf Frankenberg: Wenn ich die Sache hier im Plenum nicht vorgebracht hätte,

hätte ich ja dem Abg. Richter nicht Gelegenheit gegeben, für die amerikanischen Hölzer, obgleich sie doppelt so theuer sind als die einheimischen, mit Elfer Partei zu nehmen. (Sehr richtig.) Es ist merkwürdig, in der Kommission ist der Herr Abgeordnete immer für Streichung jeder Forderung der Regierung, wenn sie auch noch so notwendig ist und hält deshalb stundenlange Reden. Wo es sich aber wirklich um die Interessen des Landes und der heimischen Produktion handelt, da tritt der Herr Abgeordnete für das Ausland in die Schranken. Ich glaube wirklich, daß, wenn der Herr so fortfährt, es nicht mehr lange dauern wird, daß ihm die Ehrenmitgliedschaft des Cobdenklubs zu Theil wird. (Oho! links; Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Auf derartige Insinuationen zu antworten, halte ich unter meiner Würde. (Oho und Murren rechts.) Im Uebrigen möchte ich den Herren rathe, wenn sie hier über den Vorgang ihres Holzes diskutieren wollen, doch auch uns Proben mitzubringen.

Abg. Graf Frankenberg: Die Insinuationen sind vom Hrn. Richter begonnen worden. Dieser Herr schiebt uns immer die Absicht unter, für unsere Privatinteressen einzutreten, so daß wir das Wort nehmen und ich werde ihm auch jedes Mal so dienen wie heute, sobald er sich derartiges wieder bekommen läßt. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Titel wird darauf bewilligt.

Titel 48 verlangt als erste Rate für den Bau eines Kasernenamts für das 1. Bataillon des 6. preussischen Infanterie-Regiments, welches bisher in Seckelheim war, in Demmelsdorf 5,000 Mark.

Die Position wird abgelehnt.

Titel 45: „Neubau einer Kaserne in Bittenberg“ erste Rate 200,000 Mark wird gestrichen.

Titel 50: „Neubau einer Kaserne für 2 Es-labrons des heftischen Husaren Regiments Nr. 14 in Kassel“ 125,000 Mark, welche die Budget-Kommission ebenfalls als nicht dringlich zu streichen beantragt, wird bewilligt, da das jetzige Kasernenamt entschieden gesundheitsgefährlich ist.

Im Uebrigen wird das Extraordinarium des Militär-Etats nach den Kommissions-Anträgen bewilligt.

Der Titel 6 des Kap. 13 des Etats des auswärtigen Amtes: 75,000 Mark „zur Unterstützung deutscher Schulen und anderer vaterländischer Unternehmungen im Auslande“ war der Budget-Kommission überwießen.

Dieselbe beantragt, aus diesem Fond der zoologischen Station in Neapel einen Zuschuß in der bisherigen Höhe von 15,000 Mark zu gewähren, dagegen den Reichsfanzler zu ersuchen, diesem Unternehmen im nächsten Etat einen Zuschuß von 30,000 Mark zu überweisen.

Im Sinne dieses letzteren Antrages ist eine Eingabe der Professoren Helmholz, Birkow und Dubois-Meymond eingegangen.

Nach kurzer Debatte, in welcher die Abg. v. Bennigsen, Hänel und Dr. Lasker den Kommissionsantrag verteidigten, die Abg. Dr. Lucius und Windthorst die Summe widerwillig bewilligen wollen, Abg. v. Malgouyrie die selbe ganz zu streichen beantragt, tritt das Haus dem Antrage der Kommission bei.

Die Wahl des Abg. Reinhardt wird auf den Antrag der Wahl-Prüfungs-Kommission beanstandet.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation Witte betreffend die Gewerbe-Ausstellung in Sidney-Melbourne, Anträge.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 19. März. Auf Grund der nunmehr bald in Wirksamkeit tretenden Institution des Reichsfischamtes und der damit herbeigeführten Abtrennung der Finanzabtheilung des Reichsfanzleramts werden Personalveränderungen in derselben vorausgesetzt, welche einige Blätter bereits als feststehend melden. Solche Personalveränderungen mögen vielleicht eintreten, bis jetzt aber ist von feststehenden Anordnungen in dieser Beziehung noch keine Rede. Ebenso wird gemeldet, daß durch Bildung des neuen Handelsministeriums Rangveränderungen derjenigen höheren Beamten, welche in das neue Ministerium überzutreten, herbeigeführt würden. Was diese Nachricht betrifft, so höre ich, daß sie unbegründet ist.

Der Finanzminister hat in Bezug auf beschädigte und unbrauchbar gewordene Reichsfischscheine eine Besanftmachung erlassen, welche die vom Bundesrath ausgegangenen Bestimmungen weiter präzisirt. Danach haben sämtliche Reichs- und Landesfische die bei Zahlungen ihnen angebotenen beschädigten oder sonst unbrauchbar gewordenen Reichsfische, deren Umlaufsfähigkeit jedoch noch zweifellos ist, anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben, sondern an die Reichshauptkasse, die Oberpostkasse, die General-Staatskasse und die Regierungshauptkassen abzugeben. Die Reichsfische werden von diesen Kassen gegen unlaufscheine Reichsfische umgetauscht. Anträge auf Erlass für Reichsfische von zweifelhafter Umlaufsfähigkeit sind an die Reichsschuldenverwaltung zu richten.

Ueber die weitere Behandlung des Gesetzentwurfs zur Tabakbesteuerung sind in den letzten Tagen mehrfach trügliche Mittheilungen gemacht worden. Bei der Beratung dieser Materie durch die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen wurde von den preussischen Bevollmächtigten das Anerbieten gemacht, nachdem sich die Majorität der Ausschüsse für eine Tabakbesteuerung nach Gewicht erklärt hatte, einen in diesem Sinne bearbeiteten Entwurf vorzulegen. Diesem Versprechen sind die preussischen Bevollmächtigten nachgekommen, indem sie einen in zwei Abschnitte zerfallenden Entwurf, der im ersten Abschnitt die Besteuerung, im zweiten die Nachbesteuerung regelt, den genannten Ausschüssen überreicht haben. Es erscheint aber dieser Entwurf, der auch schon früher erwähnt worden, nicht als Antrag der preussischen Regierung im Bundesrath.

Berlin, 20. März. Die Verwaltung der durch den Tod des Geh. Rathes Rüphenhal erledigten Stelle des Vorsitzenden der Reichsbaukommission in Berlin ist dem Rechtsanwält Kayser in Eßtrita kommissarisch übertragen worden.

Die „Germania“ hebt nach dem Vorgang anderer Blätter hervor, wie wenig doch aus dem bei Erlass des Sozialengesetzes gegebenen Versprechen geworden sei, von nun an um so mehr Bedacht zu nehmen auf die Besserung der Lage des Arbeiterstandes. Diese Lage ist äußerst unersöhnlich, wenn sie nicht lediglich geschäftig ist. Die ganze gegenwärtig um die Zollreform sich bewegende Arbeit bezweckt in erster Linie die Sicherung der vaterländischen Arbeit in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Erst muß doch die Produktion überhaupt gestiegen sein, bevor man daran denken kann, die Verhältnisse der produzierenden Kräfte unter einander gerecht und heilfam zu regeln. Das Verlangen, welches die oppositionellen Blätter stellen, ist gerade so wie, als wollte man darüber klagen, daß der Wein in einem Faß, das ein Loch hat, nicht gerecht vertheilt werde, während es sich darum handelt, das Loch zu stopfen. Gewiss ist keine Ueberzeugung berechtigter als die, daß die Regierung die Lage des Arbeiterstandes keinen Augenblick aus den Augen verliert. Auf die Zoll- und Steuerreform wird als vielleicht wichtigster Theil zu rechter Zeit die im Begriff der Wirtschaftsreform gewiss liegende Besserung der Arbeiter-Verhältnisse, soweit sie vom Boden der Gesetzgebung aus überhaupt zu erstreben ist, folgen.

## Ausland.

Wien, 20. März. Die „N. Fr. Pr.“ erhält folgendes Telegramm vom 19. März: „Man hört nachträglich grauenregende Einzelheiten über misslungene Rettungsversuche. Ein Maschinen-Ingenieur der Theißbahn wurde während der ersten Schreckensnacht vom Wasser überascht, wollte sich mit seinen zwei Kindern auf einen Baum retten, brachte eines glücklich hinauf, band dasselbe dort fest und wollte dann das zweite holen; er begann zu klettern, die Kräfte verließen ihn; damit er nun sein eigenes und das Leben des auf dem Baume befindlichen Kindes rette, war er genöthigt, das an seinem Rücken hängende Kind in's Wasser fallen zu lassen, wo es spurlos verschwand; nicht einmal dessen Leichnam wurde gefunden. Eine Frau erzählte, ihr Mann war in jener Nacht beschäftigt, die Habseligkeiten zu retten, da brach die Fluth heran. Das große Haushor flog tragend auf, presste den Mann an die Wand und erdrückte ihn vor den Augen seiner Familie, die ihn nicht zu befreien vermochte. Die meisten Todten gehören der ärmeren Klasse an. Man nahm ihre Namen im Todtenbuche auf nach den Angaben Derjenigen, die sie erkannten. Es entstehen nun Streitigkeiten hinsichtlich



der Eigentumsfragen; immer mehr Waisen Kinder melden sich. Man sagt, daß mehrere Säuglinge Hungers gestorben seien, weil keine Ammen vorhanden gewesen. Mit dem gestrigen Nachzuge zählten zwei Franciscaner-Mönche die Schätze der Pfarrkirche nach Gyöngyös, darunter die von Maria Theresia gespendeten Messgewänder, sowie viele wichtige Dokumente. Die Altäre dieser Kirche sind eingestürzt, desgleichen gestern die Gruft der St. Georgskirche. Aus der Mühle, welche sich neben der Altsöldbahn befindet, wurde der Müller gerettet; derselbe hat viele Quetschungen erlitten; er erzählt, daß unter der Mühle 3035 (?) Menschen begraben seien; er konnte nur durch ein kleines Mauerloch Luft atmen. Er verlor sein Weib und drei Kinder. Aus Szentes wird von gestern gemeldet, daß Tausende Bürger unter Anspannung des Bürgermeisters noch fortwährend auf den Dämmen auf Leben und Tod gegen die Fluth und den Sturm kämpften. Die Theil ist bei Szolnok gestiegen, was die Eigentümer sehr beunruhigt. Es weht fortwährend ein starker Südwest, welcher die Arbeiten hindert. Die Regierung sendete 5000 fl. nach Szentes; ferner wies sie 10,000 fl. als Darlehen an.

**Eggedin, 20. März.** Die Obdachlosen sind nunmehr fast sämtlich außerhalb Eggedins untergebracht; die Evaluationszüge werden voraussichtlich morgen eingestellt. Die Bahnverwaltungen treffen Vorkehrungen zur Wiedereröffnung des Verkehrs, doch wird derselbe erst nach Wochen in geregelter Weise möglich sein. Auch das Militär soll bald theilweise abziehen.

In der Leichenkammer sind wiederum 35 Leichen ausgelegt. Das hiesige Blatt „Eggedin Naple“ beginnt bereits wieder zu erscheinen. Einige Geschäfte wurden bereits eröffnet. Die Geldinstitute und Privatbanken erbitten Geldvorschuße von den Regierungen. Auch einiger Marktverkehr beginnt längs des Theißdammes. Der Rest der Bevölkerung rafft sich allmählich aus der Apathie auf; man versucht, die übrig gebliebenen Häuser zu stützen und Laufbrücken einzurichten. Die Vertheilung der gekleideten Kleider an die Nothleidenden wird jetzt systematisch vorgenommen.

Zwei Waisenkinder, die beim Räumen unter den Trümmern gefunden wurden, sind sofort von dem Kommissar Kende und dessen Bruder adoptirt. Als Centralstelle der Sammlungen ist das Ministerium des Innern in Pest eingerichtet. Im ganzen Ueberschwemmungsgebiet ist das Wasser während der letzten 24 Stunden um 10 Centimeter gefallen. Aus Szentes, Gyöngyös und Borsabony lauten die letzten Nachrichten gleichfalls gut.

**Paris, 19. März.** Ueber dem Haupte des Finanzministers Leon Say zieht sich ein neues Gewitter zusammen in Folge Veröffentlichung der Erklärung des Syndikus der Pariser Wechselagenten, Moreau, über die ihm durch den Minister am 27. Februar hinsichtlich der Konversion der fünfprozentigen Rente gemachte Mittheilung. Diese Erklärung stimmt namentlich betreffs der Stunde nicht mit der von Leon Say in der Kammer abgegebenen Erklärung überein. Die Gegner des Ministers beabsichtigen eine neue Interpellation einzubringen, wozu Emile Ollivard in der „France“ heizt, indem er nochmals die Ernennung Gambetta's zum Konseilspräsidenten und Finanzminister befürwortet.

**Petersburg, 18. März.** Der Nikolskismus scheint hier kürzlich eine recht schwere Niederlage erlitten zu haben. Zum Funde, den die Polizei im Beginn der vorigen Woche gemacht hat, liegt in der Petersburger „Börz.-Ztg.“ die Mittheilung vor, daß man bei dem Badhaus-Ausscher auf Golodja außer der geheimen Typographie zwei große Ballen aufrührerischer Proklamationen sowie ein Verzeichniß von Personen gefunden hat, die an einer verbrecherischen Propaganda Theil haben. Daraufhin haben die Verhaftungen stattgefunden. Die auf der Patronenfabrik auf Wasil Ostrow entdeckte geheime Druckerei, wie dasselbe Blatt erzählt, bei einem an diesem Institute dienenden Offizier vorgefunden worden.

Der „Schles. Ztg.“ wird folgendes Nähere berichtet:

„Im abgelegenen Stadtheile, in Guntjewski Ostrow an der Rewa, wurde die geheime Druckerei des revolutionären Centralcomités entdeckt. Der Mann, bei dem geheime Druckpressen, Schriften und Lithogramme vorgefunden wurden, trägt leider einen deutschen Namen und ist der in Petersburg geborne Sohn eines eingewanderten Hamburger Bürgers Namens Eichstedt. Er wurde, ohne Widerstand leisten zu können, im Bett überrumpelt und gebunden und seine Wohnung genau durchsucht. Da fand man denn sämtliche Pressen, die zur Anfertigung der gegenwärtig über ganz Rußland verbreiteten Flugschriften gedient hatten, Tausende von Kopien derselben, wichtige Briefschaften aus Charkow, Odessa, Kiew und Moskau und ganze Ballen der in London erscheinenden russischen Revolutions-Zeitung „Kolokol“. Sämtliche Briefschaften und Druckmaschinen wurden mit Beschlagnahme belegt, Eichstedt aber der dritten Abtheilung überantwortet, von wo aus er nach der Peter-Pauls-Festung auf Wasil Ostrow gebracht wurde. Eichstedt ist ein Mann in den mittleren Jahren, hatte zwar russische Universitäten besucht und ist in Rußland geboren und erzogen, Niemand aber hätte in ihm ein Haupt der russischen Nihilisten vermutet. Für ihn, als ersten Gehilfen des Jolamts-Direktors, war es natürlich verhältnismäßig leicht, Pressen und Druckmaschinen aus dem Ausland einzuschmuggeln; denn Güter, die an ihn adressirt wurden, unterlagen keiner Kontrolle. Die Pressen etc. wurden in Heringsfässern eingeschmuggelt, was ihm so leichter anging, als sich in Guntjewski Ostrow die Hauptniederlage der einkaufenden Heringsfässer befindet.

Nachdem Eichstedt in sicheren Gewahrsam über-

geführt worden war, hielt es die Polizei noch nicht für angezeigt, auch nur ein Wort von dem Vorgefallenen in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Man verschleierte sich zunächst des Dienstpersonals des Verhafteten und ließ dessen Wohnung im Geheimen scharf bewachen. Jedermann, der von Sonnabend Abend ab Eintritt in das Haus Eichstedt's beehrte, wurde verhaftet. Unter den später festgenommenen befindet sich auch eine Dame von Stande. Wie man erfährt, sind auf Grund der durchsuchten Eichstedt'schen Privatkorrespondenzen zahlreiche Verhaftungen in der Hauptstadt und in den größeren Städten des Landes vorgenommen worden.

**Washington, 19. März.** Der Präsident Hayes hat eine Botschaft an den Kongreß gerichtet, in welcher er darauf hinweist, daß die außerordentlichen Session des Kongresses notwendig sei, um die Kreditvorlagen zu beraten.

#### Provinzielles.

**Stettin, 21. März.** Der neueste „N. u. St.-A.“ enthält die Allerhöchste Genehmigung vom 10. d. Mts. zur Errichtung einer stehenden Eisenbahn-Kommission für die Verwaltung der Ostbahn mit dem Sitz in Stolz.

— Hat der Richter einer Wohnung kontraktlich nur für seine Person ein Recht zur Benutzung der Wohnung erlangt, so ist — nach einem Erkenntniß des Obergerichts, Senat für Strafsachen, vom 12. Februar d. J. — sein Hausrecht insoweit begrenzt, als er ohne Einwilligung des Eigentümers Niemanden selbst unentgeltlich in die Wohnung aufnehmen darf. Geschieht dies dennoch und ist der vom Richter aufgenommenen Person bekannt, daß sie rechtswidrig und gegen den Willen des Hausbesizers aufgenommen sei, so macht sie sich durch das Verbleiben in der Wohnung des Hausbesizers schuldig.

— Der Pommerische Gastrich-Berein hat an sämtliche hiesige untergärtige und obergärtige Brauereien ein Schreiben gerichtet, in welchem er darum bittet, daß fortan der Bierverkauf von Seiten der Brauereien nur

in nach Litern geachteten Gefäßen stattfinden und daß kein Spundgeld an die Bierfahrer mehr zu zahlen sei.

Der Verein begründete sein Gesuch damit, daß die Ungleichheit der jetzigen Biergefäße schädlich und für viele Abnehmer sei, da die Bierfahrer daraus Nutzen zu ziehen suchen, indem sie gegen höheres Spundgeld entsprechend größere Gefäße geben. Ein noch größerer Uebelstand sei aber der, daß diversen Bierverlegern von den Brauereien gestattet wurde, Bier in ihren eigenen Tonnen zu entnehmen, weil dieselben größer, als das Brauereigesäß und wohl mit dem Spundgeld ist es anzuschreiben, daß diese eigenen Gefäße der Bierverleger jetzt statt 100 Quart den Inhalt von 1 1/2 Tonnen gleich 150 Quart enthalten, während für diese 150 Quart oder 1 1/2 Tonnen wird an die Brauerei nur der Betrag einer Tonne Bier mit M. 20—21 bezahlt, statt wie er den Verhältnissen nach sein müßte mit M. 30—33. Nur hierdurch wird es möglich, daß die Bierverleger heute das Bier billiger verkaufen und verkaufen können, als die Brauereien den Restaurateuren, denn die Tonne Bier von der Brauerei an die Restaurateure in Äckeln geliefert kostet mit Spundgeld M. 21,80, von den Bierverlegern in Flaschen geliefert, da eine richtige Tonne nur 300 Flaschen enthält, 40 Flaschen für 3 M. gleich M. 22,50, wovon die Bierverleger erwachsene unmittlere Unkosten für Kosten etc. per 300 Flaschen mit allermindestens M. 2 abgeben, die Tonne Bier bei den Bierverlegern also in Wirklichkeit nur M. 20,50 kostet, somit M. 1,30 per Tonne billiger geliefert wird, wie von den Brauereien.

Von den in Stettin und Umgegend befindlichen 14 Brauereien haben sechs das Gesuch gleich, sechs nach nochmaliger Aufforderung und zwei gar nicht beantwortet.

Diese letzten zwei Brauereien sind die „Eysen-Brauerei“ und Herr H. Krich. Die „Eysen-Brauerei“, die Viktoria-Brauerei, Herr Vorksch, Herr Eichstädt, Herr W. Meyer, Herr Müller, die Herren Billig u. Schwabe, Baf u. Bickmayer, Dramburg u. Hertwig und Herr A. Mater in Grabow erkennen in ihrer Antwort die vom Gastrich-Berein gemachten Forderungen an, machen theilweise ihre Zustimmung davon abhängig, daß auch die andern Brauereien in dem gewünschten Sinne vorgehen und begrüßen die Vorschläge des Vereins größtentheils freudig.

Die Herren Franz Werd u. Co. und Herr Wihl. Conrad verkennen nicht die Unzulänglichkeit der augenblicklichen Verhältnisse und verhalten sich aber passiv.

Bei der großen Produktions-Fähigkeit einzelner hiesiger Brauereien und bei der fastigen Ueberproduktion in Bier hierorts haben einzelne größere Brauereien obengenanntes Verfahren der Bierverleger gegenüber förmlich protektirt, um ihren Konkurrenten gegen abzunehmen und um vor ihren Aktionären mit einem großen Jahresabsatz glänzen zu können; denn nehmen wir an, daß von den hiesigen Brauereien nur 100,000 Tonnen untergärtiges Bier produziert werden, wovon mindestens 40,000 Tonnen an die Flaschenbier-Verleger abgegeben werden, so muß dies bei dem bisherigen Verfahren der Brauereien denen, welche ihr Kapital in Brauerei-Aktien angelegt haben, einen Zinsverlust von 10 Mark pro Tonne — circa 400,000 Mark — per anno bringen.

Zur Charakteristik der Verhältnisse geben wir eine Stelle aus dem Briefe eines hiesigen Brauereibesizers wieder, welche in etwas verber Brauereisprache lautet:

Es möchte sich daher empfehlen, wenn Sie sich mit Ihren Wünschen in der Hauptsache an die Brauereien adressiren, die hier am Plage das Biergeschäft durch Preiserschleudrung, Gewährung von übermäßigen Krediten und Fällen von Orbstößen, anstatt Sonnen, so zu sagen in den Dred getreten haben und vorausichtlich noch tiefer hincintreten dürften.

Auf Antrag von Vereins-Mitgliedern soll der Vorstand für die Folge verpflichtet sein, gegen die Brauereien, welche Mindermaß liefern, gerichtlich vorzugehen.

— Am 10. Oktober v. J. kam es auf dem Speicher der Herren Hafer und Rosenow zwischen mehreren Arbeitern zu Streitigkeiten wegen der Arbeit. Dabei ergriff der Arbeiter Rosin eine hölzerne Schaufel und zerstückte sie auf dem Kopf des Arbeiters Hehmle, wodurch Letzterer eine tiefe Kopfwunde erhielt, durch welche er mehrere Tage arbeitsunfähig war. Deshalb war Rosin in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation wegen Mißhandlung angeklagt und wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Die Knaben Albert Lornow und Albert Ritsche schlichen sich am Abend des 2. Dezember v. J. in das Geschäftszimmer des Cigarren-Fabrikanten Braun in Grünhof, während dieser mit seiner Frau im Nebenzimmer war, und entwendeten von den dort lagernden Cigarren ca. 200 Stück, mit denen sie die Flucht ergriffen, aber von Braun verfolgt und angehalten wurden. Deshalb wegen Diebstahls angeklagt, wird Lornow, der bereits zwei Vorstrafen erlitten, zu 1 Monat, Ritsche zu 4 Tagen Gefängnis verurtheilt, auch die sofortige Verhaftung des Lornow verfügt.

— Aus landwirthschaftlichen Kreisen kommen Klagen, daß unter dem vielen Schnee auf nicht vorher gefrorenem Boden die Winterkulturen zum Theil verfault sind, und bei nicht sehr schönem Frühlingwetter manche Felder umgepflügt werden müssen. Auch aus Borsabonnern werden ähnliche Erscheinungen gemeldet.

— Aus R.-Gansen bei Stolz erhalten wir die Nachricht von einem Morde. Mehrere Arbeiter waren am vorigen Freitag mit Dreifchen beschäftigt. Hierbei entspann sich zwischen Zweien derselben ein Wortwechsel, der indes nicht hinderte, daß sämtliche Arbeiter, auch die beiden Ergänzten, am Abend gemeinsam heimgingen. Unterwegs sprang der Eine der Letzteren plötzlich mit einem offenen Messer auf seinen vorherigen Gegner zu und ließ ihm dasselbe in der Gegend des Ohres in den Kopf, so daß der Angefallene nach wenigen Minuten seinen Geist aufgab. Der Mörder wurde sofort verhaftet; was denselben zu dem Verbrechen eigentlich veranlaßt hat, wird wohl erst die Untersuchung klären. Der Ermordete heißt Radtke und ist Familienvater; auch der Mörder ist verheirathet.

**Köln, 19. März.** In Folge des zu frühen Schließens der Ofenklappe haben wieder zwei Menschen durch Erstickung das Leben verloren. Eine Arbeiterfamilie, vor dem Mühlenthore wohnend (bestehend aus Vater, Mutter und Sohn), schlief gestern Abend die Ofenklappe, um sich dann zur Ruhe zu begeben. Da sich heute Niemand von der Familie sehen ließ, brach man die Thür auf und fand Vater und Sohn erstickt. Die Mutter lebte zwar noch, ist aber nicht außer Lebensgefahr.

**Stralsund, 20. März.** Der Postleutnant Heine und dessen Sohn, der Gastrich Heine, von hier, waren gestern Nachmittag ausgezogen, um auf Wasservogel Jagd zu machen. Unter der räuschenhaften Kiste hinter das Boot, angeblich in Folge eines heftigen Windstoßes in das für das Boot zu große Segel. Den beiden Insassen gelang es zwar, sich an das Boot anzuklammern, doch waren die Kräfte des 74jährigen Mannes bald erschöpft, und ohne Hülfe zu können, sah der Sohn den Vater vor seinen Augen wegsinken. Die Fährleute von Graßlerfähre, welche den Unglücksfall bemerkt hatten, kamen denn dem schon halb erstickten Jüngeren H. zu Hülfe und brachten ihn nach der Stadt. Die Leiche des Verunglückten ist bisher noch nicht gefunden.

**Fleisch, 19. März.** An dem benachbarten Kadogogum Drowa fand am 17. und 18. d. die Entlassungsprüfung unter Vorsitz des Prokural-Schulraths Herrn Ischadert aus Posen statt. Sämtliche 26 Jüglinge, welche die Anstalt gestellt hatte, wurden für reif erklärt und erhielten das Berechtigungszeugniß zum einjährigen Freiwilligendienst.

#### Literarisches.

**Bornsta, 22.** der beliebtesten Vaterlandslieber für 4 stimmigen Männerchor, herausgegeben von Bernhardt. Verlag von Jacoby in Aachen. Die Lieder sind sehr gut ausgewählt und leicht auszuführbar, da sie zu hohen Stimmlagen vermeiden. Namentlich werden sie höheren Lehranstalten und Gesangsvereinen eine willkommene Gabe sein.

Ein Handschlag, der in keiner gebildeten Familie fehlen sollte, ist das P. i. e. r. e. 's Konversations-Lexikon, welches in einzelnen, ungemein billigen Lieferungen durch jede Buchhandlung zu beziehen ist. Dasselbe kann sich in Hinsicht auf Reichhaltigkeit und Gediegenheit des Inhalts nicht nur allen ähnlichen Werken vollkommen ebenbürtig an die Seite stellen, sondern es dürfte wegen der Sorgfalt, mit welcher der überreiche Stoff ausgewählt und behandelt ist, sowie wegen der populär gehaltenen, allgemein verständlichen Ausdrucksweise von den anderen Konversations-Lexika den Vorzug verdienen. Schon aus seiner immensen Verbreitung und dem Umfange, daß wiederholt neue Auflagen nöthig geworden sind, die stets dem Fortschritt der Zeit entsprechend reichhaltiger und umfangreicher be-

zogen wurden, ergibt sich der Werth des Werkes, das allerdings auch die ersten Autoritäten auf allen Gebieten zu seinen ständigen Mitarbeitern zählt. Möge darum keiner unserer Leser, der es bisher noch versäumt hat, sich in den so sehr erleichterten Besitz des P. i. e. r. e. 's Konversations-Lexikons zu bringen, es unterlassen, sich auf die neueste Auflage desselben baldigst zu abonniren. Abgesehen von der höchst schätzbaren Zugabe von Karten und Zeichnungen aller Art zur Erläuterung schwieriger Artikel, besitzt es insbesondere den Vorzug, daß es dem vorzüglicheren Theile des Wissens aus der unmittelbaren Gegenwart einen beschränkteren Raum als andere bietet und daher für das Bleibende und Ewige in den Wissenschaften soviel Platz gewinnt, daß es ihm möglich ist, diesen Theil ausführlicher zu bearbeiten, wie vielleicht kein anderes der sowohl in Deutschland, wie in anderen Ländern erschienenen, wenn man von jenen unschönen Unternehmen absteht, wie z. B. das Ersch-Gruber'sche, welche veralten und unbrauchbar werden, noch ehe sie vollendet sind. Möge denn dies Unternehmen, welches die Verlagshandlung mit so außerordentlichem Aufwand und so ausdauernder Beharrlichkeit bis weit über die Mitte durchgeführt hat, mehr und mehr bei dem Publikum das lüdenhafte Halbwissen, was so leicht zu verkehrten Urtheilen und Unternehmungen führt, austilgen und dazu beitragen, daß durch tägliche Benutzung eines solchen umfassenden Handbuchs ein gründliches Wissen mehr und mehr Platz greife.

#### Telegraphische Depeschen.

**Wiesbaden, 20. März.** Der hier tagende Kommunalantrag hat einen Antrag, in welchem die Regierung um die Einführung von Schutzgöllen ersucht wird, mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen.

**Wien, 20. März.** Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Konstantinopel: Die Rundgebungen der Bevölkerung von Sidon gegen den Finanzdirektor Schmidt haben sich auch am 17. d. fortgesetzt. Die bulgarische Miliz war genöthigt, die Volksmenge, welche die Wohnung Schmidt's förmlich belagerte, mit dem Gewehrholzen zu vertreiben; einige Milizmänner wurden durch Steinwürfe verwundet.

**Paris, 20. März.** Gutem Vernehmen nach gelangt morgen ein neues Dekret zur Unterzeichnung, wodurch abermals 120 wegen Theilnahme an dem Kommune-Aufstande Verurtheilte begnadigt werden.

Der „Temps“ erklärt alle Mittheilungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Kabinett und bevorstehende Umbildungen desselben, sowie von einer zwischen Gambetta und dem Präsidenten Greys stattgehabten Besprechung für unbegründet.

**Berlin, 20. März.** Die Deputiertenkammer erklärte heute die Wahl Paul Graniers de Cassagnac für gültig und nahm die von dem Deputirten Bert eingebrachte Vorlage, betreffend die Gründung von Normalhörschulen, an.

**London, 20. März.** Unterhaus. Auf eine Anfrage Montagu's erwiderte der Schatzkanzler Northcote, er habe keine offizielle Kenntniß von einer Bewegung von russischen Truppen in der Gegend des Kaspiischen Meeres, er habe aber sonst davon gehört, die Bestimmung der gedachten Truppen sei ihm nicht bekannt.

**London, 20. März.** Von der Regierung ist heute die neuerdings zwischen dem Staatssekreter des Auswärtigen Lord Salisbury und dem russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakoff gewechselte diplomatische Korrespondenz veröffentlicht worden. Die Depesche Lord Salisbury's vom 26. Januar d. J. stimmt mit dem am 11. d. von Wiener Blättern veröffentlichten Texte überein.

In der vom 8. Februar c. datirten Antwort des Fürsten Gortschakoff heißt es, er wolle auf keinerlei Polemik eingehen, da er das Nützliche und Praktische einer solchen nicht einzusehen vermöge. Uebrigens enthalte die Depesche Lord Salisbury's Nichts, was nicht im Prinzip mit der Art und Weise übereinstimme, in welcher die russische Regierung die Ausführung des Berliner Vertrages ansehe. Die Depesche lasse aber erkennen, daß die englische Regierung sich einige Male über die Absichten der russischen Regierung und diejenigen ihrer politischen Agenten getäuscht habe. Der Berliner Vertrag habe Prinzipien aufgestellt, deren Auslegung und Anwendung Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen könne. Die russischen Agenten seien durch den Gang der Ereignisse dazu berufen, innerhalb der Grenzen des Berliner Vertrages die Interessen der Bevölkerung zu wahren, zu deren Vertheidigung Rußland Krieg geführt habe. Die russische Regierung glaube, daß das allgemeine Einverständnis (entente) sehr erleichtert werden würde, wenn diese Meinungsverschiedenheiten der Uebereinstimmung gewichen, daß ihre Interessen innerhalb der nämlichen Vertragsgrenzen wirksam gesichert sein würden, sobald die russischen Truppen nicht mehr da seien, um dieselben zu beschützen. Alles, was die englische Regierung und ihre Agenten als möglich und geeignet erachten würden, um den Bevölkerungen Vertrauen, Mäßigung und Resignation einzufößen und so eine billige und friedliche Ausführung des Berliner Vertrages herbeizuführen, werde der Unterstützung Rußlands bezeugen.

Der Depesche des Fürsten Gortschakoff ist eine Notiz beigegeben, welche mehrere theilweise Bemerkungen zu verschiedenen, in der Depesche Lord Salisbury's erwähnten Punkten enthält.

**Belgrad, 20. März.** Der bisherige deutsche Generalkonsul, Graf Bray, hat heute sein Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger Deutschlands überreicht.